

Aleksei Sorokin

Das Sowjetunionbild der Bundeskanzler Adenauer und Brandt

Das Ende des Zweiten Weltkrieges läutete eine neue Friedensetappe in den deutsch-russischen Beziehungen ein. Die diplomatischen Beziehungen wurden unter Bundeskanzler Konrad Adenauer aufgenommen. Die Rückkehr zu einer wirklichen strategischen Zusammenarbeit, die traditionell eine große Rolle für beide Länder wie auch für Europa spielte, begann hingegen unter Willy Brandt. Wie Adenauer, so hielt auch Brandt die Sowjetunion für ein totalitäres System, wobei sich ihre Ostpolitik allerdings grundlegend unterschied. Freilich darf man dabei nicht außer Acht lassen, dass die Position Westdeutschlands stark von der Politik seiner westlichen Verbündeten abhing, fiel doch die Kanzlerschaft Adenauers in vielerlei Hinsicht in eine Zeit der maximalen Verschärfung des Kalten Krieges, während Brandt in einer Phase der Entspannung Bundeskanzler war. Dennoch verfügte die BRD über einen begrenzten Handlungsspielraum, besonders nach der formalen Wiederherstellung der Souveränität im Jahr 1955. Erstmals trat Brandt als Kanzlerkandidat im Jahre 1961 an, und ein früherer Wahlsieg hätte der Ostpolitik der BRD wohl bereits Anfang der 1960er-Jahre eine bedeutende Wendung zu geben vermocht. Die Ostpolitik Adenauers und Brandts entsprach voll und ganz ihren eigenen Überzeugungen und Prioritäten auf diesem Gebiet. Daher ist die Analyse der außenpolitischen Sichtweisen dieser beiden herausragenden Bundeskanzler, die durch ihre Tätigkeit die Richtung der Außenpolitik des Landes für viele Jahre vorgaben, von besonderem wissenschaftlichem Interesse.

Bis 1955 hatte es offiziell keine diplomatischen Beziehungen zwischen der BRD und der Sowjetunion gegeben. In dieser Zeit grenzte sich Adenauer konsequent von der UdSSR ab und verhinderte jeglichen Kontakt. In der Tat war die BRD vor der Wiedergewinnung ihrer Souveränität hinsichtlich der Ostpolitik in ihren Möglichkeiten stark beschnitten, und der Bundeskanzler, dessen Fokus in dieser Phase auf der Westintegration lag, benutzte die sowjetische Bedrohung, um ihr zusätzlichen Antrieb zu verleihen. 1955 änderte sich die Situation: Die BRD erlangte ihre Souveränität, und nach der Genfer Gipfelkonferenz begann man in der Welt über Entspannung zu sprechen. Bei einem Besuch Adenauers in Moskau im September 1955 wurden Übereinkommen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und die Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen getroffen. Die bilateralen Beziehungen erhielten jedoch keinen weiteren produktiven Schwung.

Insgesamt lassen sich die deutsch-sowjetischen Beziehungen von 1955 bis 1963 als angespannt bezeichnen. Die diplomatische Korrespondenz zeigt, dass die Mehrzahl der Noten, Memoranden, Briefe und Erklärungen aus gegenseitigen Vorwürfen bestand: Die Sowjetunion warf der BRD Remilitarisierung, Bedrohung des Friedens und die Eskalation

der deutsch-deutschen Frage vor, Westdeutschland wiederum bezichtigte die UdSSR der ungerechten, anormalen Spaltung des Landes und der Unterstützung des unrechtmäßigen DDR-Regimes.¹

Die Vorstellungen des ersten Bundeskanzlers von der Sowjetunion und ihrer Außenpolitik waren überwiegend negativ. Der Ausgang des Zweiten Weltkriegs hatte die internationale Lage und das Kräfteverhältnis in der Welt in grundlegender Weise verändert. Die Verwandlung der Sowjetunion in eine Supermacht, die Schaffung eines Blocks sozialistischer Staaten in Osteuropa und die Verbreitung der kommunistischen Ideologie in der Welt, all das nahm Adenauer als sowjetische Bedrohung wahr. Es können zwei wesentliche Überzeugungen Konrad Adenauers hervorgehoben werden, die im Endeffekt in einen harten, antisowjetischen Kurs mündeten: Einerseits versuchte Adenauer, die „sowjetische Bedrohung“ für die Integration der BRD in die westliche Gemeinschaft zu nutzen (daher die scharfe Rhetorik und die Zuspitzung der Gefahr) sowie innenpolitisch zu instrumentalisieren (Aufstieg der eigenen Partei), andererseits „[...] besaß [Adenauer] ein elementares Gefühl der Bedrohung durch die Sowjetunion“.²

In seinen Schlussfolgerungen zog Adenauer ständig Analogien zwischen dem zaristischen Russland und der Sowjetunion. Das außenpolitische Hauptmerkmal beider Staaten seien die Expansionsbestrebungen – die Erweiterung des Territoriums und des Einflussbereichs – gewesen. Hans-Peter Schwarz nennt das Verständnis der sowjetischen Politik als Fortsetzung der zaristischen Expansionspolitik das für die Deutschen typische „Stereotyp des bürgerlichen Geschichtsbewusstseins“.³ Diese Vorstellungen Konrad Adenauers wurzelten in der Kaiserzeit. Schwarz gibt die Sicht des deutschen Bürgertums der 1880er/1890er-Jahre auf Russland wieder, die fest in Adenauers Bewusstsein verankert gewesen sei: „Das Zarenreich – ein autokratisch regierter Koloß, expansiv, eine unwiderstehliche Dampfwalze, die sich nur durch überlegene Stärke und durch überlegene Bündnispolitik stoppen lassen wird!“⁴

Generell ist es ziemlich schwierig, angesichts der fehlenden Quellen – vor allem aus der Zeit des Deutschen Kaiserreichs und der Weimarer Republik – den Ursprung und die Entwicklung von Adenauers Russland- und UdSSR-Bild nachzuzeichnen. Neben der oben angeführten Vermutung, der zufolge Adenauer sich die im Kaiserreich weit verbreiteten negativen Klischees in Bezug auf Russland zu eigen gemacht hatte, soll aber nicht unerwähnt bleiben, dass er als Bürgermeister von Köln auf der internationalen Presseausstellung 1928 eine sowjetische Delegation empfing und sich persönlich mit Maksim Gor'kij traf.⁵ Adenauers Politik zeichnete sich stets durch Pragmatismus aus: Wann immer er es für notwendig hielt, suchte er den Weg der Zusammenarbeit.

¹ Boris Meissner (Hrsg.): Moskau – Bonn. Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland 1955–1973. Dokumentation. Köln 1975, S. 72–726.

² Werner Weidenfeld: Konrad Adenauer und Europa. Die geistigen Grundlagen der westeuropäischen Integrationspolitik des ersten Bonner Bundeskanzlers. Bonn 1976, S. 146.

³ Hans-Peter Schwarz: Das außenpolitische Konzept Konrad Adenauers. In: Rudolf Morsey, Konrad Repgen (Hrsg.): Adenauer-Studien I. Mainz 1971, S. 80.

⁴ Hans-Peter Schwarz: Adenauer. Der Aufstieg: 1876–1952. Stuttgart 1986, S. 148.

⁵ Günther Schulz (Hrsg.): Konrad Adenauer 1917–1933. Dokumente aus den Kölner Jahren. Köln 2007, S. 361.

Seit Mitte der 1950er-Jahre, nach seinem Moskau-Besuch, betonte Konrad Adenauer hinsichtlich des Expansionsdrangs Moskaus eher die traditionell russische und weniger die kommunistische Komponente. Dafür gibt es eine Vielzahl von Belegen. Konrad Adenauer hielt Russland für einen historisch-kriegerischen Staat. In einem Gespräch mit John F. Kennedy im Jahre 1961, so Adenauer in seinen „Erinnerungen“, habe er gesagt, er sei: „überzeugt, daß Chruschtschow in erster Linie russischer Nationalist und erst in zweiter Linie Kommunist sei. Rußland habe sowieso die meisten Kriege geführt.“⁶ Journalisten gegenüber sagte Adenauer in demselben Jahr: „Chruschtschow ist ein Zar! Der verehrt Iwan den Schrecklichen und Peter den Großen doch mehr als Karl Marx ... Chruschtschow ist in erster Linie Russe, in zweiter Linie Kommunist, und als Russe hat er den Drang nach Westen.“⁷

Seine Schlüsse über den traditionell expansiven Charakter der sowjetischen Außenpolitik zog Adenauer aus der russischen Geschichte. Die Bestätigung für seine Sicht der Dinge fand er in einigen Arbeiten westdeutscher Autoren über die Sowjetunion. Besondere Aufmerksamkeit ließ Adenauer dabei dem Buch „Das russische Perpetuum mobile“ von Dieter Friede zukommen, das der Kanzler im Gespräch mit Journalisten als „beste Darstellung der russischen Geschichte, die ich kenne“⁸ bezeichnete. Mehrfach empfahl Adenauer seinen Gesprächspartnern dieses Buch zur Lektüre, damit diese mit ihm zusammen die jahrhundertealten Tendenzen der russischen und sowjetischen Politik nachvollziehen konnten. Er hielt Friedes Werk gern als Geschenk bereit, zum Beispiel für John F. Kennedy. Der Autor dieses Buches arbeitete im Jahr 1945 in Berlin als freier Journalist. Dann wurde er von den sowjetischen Behörden verhaftet und bis 1955 gewaltsam am Verlassen der sowjetischen Zone gehindert. Offensichtlich schlug sich das persönliche Schicksal des Autors stark in der Schärfe seiner Einschätzungen nieder. Friede vertrat die These, die sowjetische Expansion sei identisch mit der aggressiven Politik der Zaren, wobei man die ideologische Komponente des Kommunismus jedoch keineswegs unterschätzen solle.

Die Außenpolitik der Sowjetunion wurde vom ersten Bundeskanzler strikt als die Außenpolitik eines totalitären Staates betrachtet:

Nach den Erfahrungen, die wir Deutsche mit dem totalitären Regime der nationalsozialistischen Zeit gemacht hatten, nach den Erfahrungen, die die Welt mit dem totalitären Sowjetrußland seit 1944 gesammelt hatte [...], mußte nach meiner Meinung folgendes die gemeinsame Überzeugung aller Deutschen sein: Totalitäre Staaten, und das galt insbesondere für Sowjetrußland, kennen nicht, wie die demokratischen Länder, als wesentliche Faktoren des Zusammenlebens der Menschen und der Völker Recht und die Freiheit der Person. Totalitäre Staaten kennen nur einen maßgebenden Faktor, und das ist die Macht.⁹

Die anklagende Rhetorik Adenauers, in der die UdSSR als der „aggressivste kommunistische Staat“ und „die Russen“ als das „kriegerischste Volk des letzten Jahrhunderts“ erschienen, ging mit dem nüchternen Urteil einher, dass von der Sowjetunion keine akute

⁶ Konrad Adenauer: Erinnerungen 1959–1963. Stuttgart 1983, S. 97.

⁷ Zit. nach: Weidenfeld, Konrad Adenauer und Europa, S. 149.

⁸ Konrad Adenauer: Tee Gespräche 1961–1963. Berlin 1992, S. 69.

⁹ Konrad Adenauer: Erinnerungen 1945–1953. Stuttgart 1987, S. 382.

Kriegsgefahr ausgehe. Adenauer hielt das Konfliktverhalten der sowjetischen Außenpolitik „für rational kontrolliert und auch seitens des Westens für kontrollierbar“.¹⁰ Rationales Verhalten und Risikoangst seitens der Sowjetunion führten allerdings nicht zu einer Beruhigung Adenauers, da diese Faktoren seiner Ansicht nach lediglich von begrenzten machtpolitischen Möglichkeiten zeugten und nicht von echtem Streben nach einer friedenssichernden Politik. Während der „friedlichen Koexistenz“ wurde der Kampf zwischen den beiden antagonistischen Lagern mit nichtmilitärischen Mitteln fortgeführt. Adenauer bewertete die Entstalinisierung und die Machtübernahme durch Nikita Chruščev nicht als Anfang einer neuen Epoche, sondern als „Kampf der Diadochen“, als inneren Konflikt. Das Wesen der sowjetischen Außenpolitik habe sich dadurch nicht verändert.¹¹ Die Instabilität der Lage war dadurch nicht geringer geworden und der außenpolitische Kurs Moskaus erschien noch weniger vorhersehbar.

Eine besondere Gefahr stellte die UdSSR in den Augen Adenauers für die BRD dar.¹² Die Herrschaft über ganz Deutschland könnte die UdSSR durch die Abtrennung der BRD vom Westen, die Neutralisierung Deutschlands und die Aktivitäten einer Fünften Kolonne erreichen. Adenauer sah das Interesse der UdSSR vor allem in der Aneignung des wirtschaftlichen Potenzials Deutschlands: „Es liegt ihnen etwas an Deutschland, und zwar wegen der Fähigkeiten der Deutschen, zu arbeiten und zu produzieren.“¹³ Andererseits konnte sich Adenauer keine umfassende Vorstellung davon machen, in welchem Ausmaß – angesichts der Erfahrung des Zweiten Weltkrieges – die Angst vor Deutschland ein realer Faktor der sowjetischen Weltanschauung sein konnte.

Zu dem totalitären Bild der Sowjetunion kam die Einstellung Adenauers zu ihrem Führer hinzu. In seinen „Erinnerungen“ charakterisiert Adenauer Chruščev folgendermaßen:

Chruschtschow war eine Persönlichkeit von starker Vitalität, ja Brutalität, wie ich selbst in Moskau erfuhr. Er war viel emotionaler als Bulganin [...]. Ein diktatorisch regiertes Staatswesen, das sich großen inneren Schwierigkeiten gegenüberstah – und daß dies für die Sowjetunion zutraf, darüber war kein Zweifel möglich –, mit einem Manne wie Chruschtschow an der Spitze, barg natürlich für die Entwicklung im Inneren wie auch nach außen eine größere Gefahr in sich, als wenn es von einem kälteren Manne, der die Dinge ruhig überlegte, geführt würde.¹⁴

Adenauer war nicht zu Zugeständnissen seitens der BRD und des Westens gegenüber der Sowjetunion bereit. Eine wirkliche Entspannung, eine Veränderung der internationalen Situation, die auch zur Wiedervereinigung Deutschlands führen könnte, erachtete er erst für möglich, nachdem die UdSSR ihre Expansionspolitik aufgegeben, sich aus der

¹⁰ Gottfried Niedhart, Normen Altmann: Zwischen Beurteilung und Verurteilung: Die Sowjetunion im Urteil Konrad Adenauers. In: Josef Foschepoth (Hrsg.): Adenauer und die deutsche Frage. Göttingen 1988, S. 108.

¹¹ Schwarz, Das außenpolitische Konzept Konrad Adenauers, S. 91 f.

¹² Niedhart, Altmann, Zwischen Beurteilung und Verurteilung, S. 107.

¹³ Konrad Adenauer: Teegegespräche 1955–1958. Berlin 1986, S. 13.

¹⁴ Konrad Adenauer: Erinnerungen 1955–1959. Stuttgart 1989, S. 113.

DDR und wünschenswerter Weise aus ganz Osteuropa zurückgezogen hätte. Der Kanzler glaubte daran, dass dies eines Tages der Fall sein würde. Konrad Adenauer ging davon aus, dass die Sowjetunion angesichts der Stärke des Westens an ihre eigenen Probleme denken und gezwungen würde, sich nach innen zu wenden. Diese Gedanken wiederholen sich ständig in den Überlegungen und Gesprächen Adenauers – von 1952 bis in die letzten Jahre seiner Kanzlerschaft, was für seine tiefen Überzeugungen spricht. Insbesondere seine Erinnerungen und das Archiv der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus (Bestand „Gesprächsaufzeichnungen mit in- und ausländischen Politikern“) enthalten eine ganze Reihe solcher Aussagen. Diese Mutmaßungen bzw. Erwartungen Adenauers lassen sich in zwei große Gruppen unterteilen:

1. Innere Faktoren: Der Kanzler war überzeugt, dass die sowjetische Wirtschaft unter einem erheblichen inneren Druck stand. Früher oder später, so vermutete er, würde es in der Sowjetunion zu einer Wirtschaftskrise kommen. Er unterstrich sowohl den Bedarf der sowjetischen Wirtschaft an westlichem Kapital und westlichen Technologien als auch die angeborenen Schwächen der Planwirtschaft. Wie viele Sowjetologen, war auch Adenauer der Meinung, dass die unzureichend entwickelte industrielle Produktion, insbesondere im Konsumgüter- und Wohnungsbereich, die Führung in Moskau zu radikalen Veränderungen zwingen könnte. Die binnengesellschaftliche Situation und die Forderung der Bevölkerung nach einer Verbesserung ihres Lebensstandards würden langfristig Druck auf das sowjetische Rüstungsprogramm ausüben und eine Zusammenarbeit mit dem Westen erzwingen. Eine gemeinsame Abrüstungspolitik werde verlockender erscheinen und die Moskauer Führung auf einen Kurs in Richtung Entspannung einschwenken lassen. Unter dem Eindruck seiner Moskaureise versicherte Adenauer dem italienischen Außenminister im Jahr 1956, dass Russland Frieden brauche, da die soziale Lage in Russland schlecht sei, Es fehle an Wohnungen und Nahrungsmitteln, die Menschen seien schlecht gekleidet und deprimiert, besonders die Frauen „böten ein trostloses Bild“.¹⁵ Bei einem Treffen mit dem amerikanischen Botschafter 1958 hob Adenauer hervor, dass Chruščev in den Augen der russischen Öffentlichkeit Erfolg haben wolle und die innere Situation konsolidieren und den Lebensstandard der Bevölkerung heben müsse, um dieses Ziel zu erreichen. Dies könne er, nach Meinung des Kanzlers, beim gegenwärtigen Stand des Wettrüstens nicht schaffen.¹⁶

2. Äußere Faktoren: Adenauer sah im Streben Jugoslawiens nach Selbstständigkeit sowie in den Ereignissen in Ungarn und Polen 1956 Anzeichen für wachsende Spannungen im Ostblock.¹⁷ In einem Gespräch mit Jawaharlal Nehru 1956 merkte Adenauer zum Beispiel an, die Ereignisse in Ungarn hätten bewiesen, dass der internationale Kommunismus eine Niederlage erlitten habe.¹⁸ Das größte Gewicht im außenpolitischen Konzept Adenauers hatte seine sogenannte „China-Theorie“, die er seit Mitte der 1950er-Jahre bis zum Ende seiner Kanzlerschaft aktiv propagierte. Ihr lag die Überzeugung zu Grunde, dass die latenten Spannungen zwischen Moskau und dem kommunistischen China früher oder

¹⁵ Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Adenauer-Archiv, Bestand III/54.

¹⁶ Ebd., Bestand III/25.

¹⁷ Weidenfeld, Konrad Adenauer und Europa, S. 160–167.

¹⁸ Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Adenauer-Archiv, Bestand III/54.

später zum bestimmenden Faktor der sowjetischen Außenpolitik würden, was Moskau zu einer Kompromisshaltung gegenüber dem Westen und zum Verzicht auf eine Expansion nach Europa bewegen würde. Eine elementare Rolle spielte hierbei ein inoffizielles Gespräch mit Chrusčev auf einer Datscha im September 1955, als Letzterer Bedenken in Hinblick auf China äußerte. In der Folgezeit kam Adenauer in seiner Argumentation sehr oft auf dieses Gespräch zurück. In seinen „Erinnerungen“ beschreibt er die Situation bei den Verhandlungen im September 1955 folgendermaßen:

Die Sorge vor Rotchina klang bei den Gesprächen deutlich durch. [...] Chruschtschow kam wieder auf Rotchina zu sprechen. Er bezeichnete Rotchina als das größte Problem. „Stellen Sie sich vor, Rotchina hat jetzt schon über sechshundert Millionen Menschen. Jährlich kommen noch zwölf Millionen hinzu. Alles Leute, die von einer Handvoll Reis leben. Was soll“, und dabei schlug er die Hände zusammen, „was soll daraus werden?“ Ich dachte mir: Lieber Freund, du wirst eines Tages ganz zufrieden sein, wenn du im Westen keine Truppen mehr zu unterhalten brauchst! Chruschtschow sagte ziemlich unvermittelt: „Wir können diese Aufgaben lösen! Aber es ist sehr schwer. Darum bitte ich Sie, helfen Sie uns. Helfen sie uns, mit Rotchina fertigzuwerden!“¹⁹

Offiziell kam während der Moskauer Verhandlungen 1955 das Thema China nicht zur Sprache, was durch die Gesprächsprotokolle belegt ist.²⁰

Somit können in der Gesamtheit der Überzeugungen Konrad Adenauers bezüglich der Sowjetunion sowohl scharfsinnige, nüchterne Bewertungen als auch affektive Vorurteile hervorgehoben werden.²¹ In seinen Ansichten war die Vorstellung von der kriegerischen asiatischen Großmacht und der rationalen, nicht auf einen bewaffneten Konflikt zielen- den sowjetischen Politik ebenso zu finden wie die von der Diskrepanz zwischen der militärischen und der wirtschaftlichen Stärke der Sowjetunion und der Unvermeidbarkeit des globalen Konflikts zwischen den zwei kommunistischen expansionistischen Kolos- sen UdSSR und China, und andere. Im Großen und Ganzen betrachtete Adenauer die UdSSR nicht als gleichberechtigte Großmacht, die im Rahmen des herrschenden internationalen Kräfteverhältnisses nach Anerkennung strebte. Eine Entspannung im Kalten Krieg konnte seiner Meinung nach nicht durch gegenseitige Zugeständnisse erreicht werden, sondern dadurch, dass die UdSSR ihre Positionen aufgab und auf eine Expansion nach Westen verzichtete. Die Voraussetzungen für die Einstellung der sowjetischen Of- fensivpolitik sah Konrad Adenauer in der Notwendigkeit, die inneren Probleme zu lösen sowie in den wachsenden Differenzen mit China.

Das Sowjetunionbild Willy Brandts war widersprüchlicher und nicht so eindeutig. Erstens verließ seine Sozialisation in der Weimarer Republik und in der Emigration in ei- nem vollkommen anderen Informationsumfeld als bei Adenauer, da er jeglichen, auch nur potenziellen Einfluss zuerst der Kaiser- und dann der NS-Propaganda vermeiden konnte.

¹⁹ Konrad Adenauer: Erinnerungen 1953–1955. 5. Aufl. Stuttgart 1994, S. 527 f.

²⁰ Andrej V. Zagorskij (otv. red.): Vizit Kanclera Adenauéra v Moskvu 8–14 sentjabrja 1955 g. Do- kumenty i materialy. Moskva 2005.

²¹ Niedhart, Altmann, Zwischen Beurteilung und Verurteilung, S. 113; siehe auch: Normen Altmann: Konrad Adenauer im Kalten Krieg. Wahrnehmungen und Politik 1945–1956. Mannheim 1993, S. 232 f.

Zweitens, und das ist wichtiger, war er ein Linker. Das heißt nicht, dass er ein Bewunderer der Sowjetunion war. Doch die Grundlagen der kommunistischen Ideologie, die sich auf den Marxismus stützte, schienen ihm nicht so zutiefst fremd, wie dies bei Adenauer der Fall war. Die Oktoberrevolution in Russland war für Brandt nicht per se schlecht. Das Problem habe darin bestanden, dass die Sowjetunion danach einen falschen, eigenen Weg einschlagen habe, der nichts Gemeinsames mit dem Marxismus hatte. Von 1931 bis 1944 war Brandt Mitglied in der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP), der linkssozialistischen Arbeiterpartei. Dies war eine ziemlich radikale politische Vereinigung, die die meisten regierenden bürgerlichen Parteien als rückschrittlich, imperialistisch oder faschistisch betrachtete und auf eine Machtergreifung durch das Proletariat setzte. Wie man sieht, ist die Ähnlichkeit mit den sowjetischen Bolschewiken auf der Ebene der grundlegenden Plattform und Versprechungen groß. Brandts eigene Einstellung gegenüber der UdSSR bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs kann als eine Mischung zwischen Verteidigung und Kritik interpretiert werden.²² Anfänglich betrachtete Brandt die Sowjetunion insgesamt als Staat des siegreichen Proletariats, der sich in einem Aufbauprozess befindet und seinen Weg sucht. So hob Brandt in seinem Abschlussaufsatz im Gymnasium die Erfolge der UdSSR beim Aufbau einer industriellen Gesellschaft hervor, während Missgünstige ihr schon lange das Scheitern vorhersagten.²³ Mit der Zeit änderte sich seine Einstellung.

Brandt hatte als Korrespondent über den Bürgerkrieg in Spanien berichtet. Seine persönlichen Sympathien waren auf der Seite der Republikaner, insbesondere unterstützte er die Arbeiterpartei der Marxistischen Einheit (POUM), die breite Verbindungen zu seiner eigenen Partei SAP hatte. Aus den spanischen Ereignissen nahm Brandt zweierlei Erfahrungen mit. Einerseits war ihm bewusst, dass ohne Hilfe und direkte Beteiligung der Sowjetunion ein Widerstand gegen das faschistische Regime in Spanien nicht möglich sei. Andererseits erfasste er nach und nach die Ziele und Methoden der Stalin'schen Politik. In Spanien wurde er Zeuge, wie die ihm nahestehende POUM Verfolgungen seitens der Kommunistischen Partei Spaniens ausgesetzt war, hinter der wiederum Stalin stand. Letztendlich wurde die POUM von der kommunistischen Partei Spaniens praktisch vernichtet.²⁴ Dabei hatten beide Parteien eine ähnliche Plattform, waren Gegner Francos und hätten gemeinsam agieren sollen. Brandt selbst gelang es, rechtzeitig auszureisen. Er entging daher der Gefahr, festgenommen zu werden. Nicht einverstanden mit einer solchen Politik, die nicht davor zurückscheute, im Kampf um die Macht die alten Verbündeten physisch zu beseitigen, schrieb Brandt in der „Marxistischen Tribüne“: „Spanien ist in einer Entwicklung zur kommunistischen Parteidiktatur.“²⁵

Insgesamt machte sich bei Brandt nach und nach Enttäuschung über die Sowjetunion breit. Der Molotov-Ribbentrop-Pakt von 1939 wurde für Brandt zu einem wichtigen

²² Rainer Behring: Normalisierung auf Umwegen. Polen in den politischen Konzeptionen Willy Brandts 1939–1966. In: *Vierteljahrsshefte für Zeitgeschichte* 58 (2010), S. 43–45.

²³ Brandts Abituraufsat. In: *Helga Grebing, Heinrich A. Winkler, Gregor Schöllgen (Hrsg.): Berliner Ausgabe. Willy Brandt. Bd. 1: Hitler ist nicht Deutschland. Jugend in Lübeck – Exil in Norwegen, 1928–1940.* Bonn 2002, S. 109.

²⁴ Peter Merseburger: Willy Brandt 1913–1992. Visionär und Realist. München 2013, S. 137–143.

²⁵ Willy Brandt: Draußen. Schriften während der Emigration. Hrsg. v. Günter Struve. München 1966, S. 218.

Wendepunkt. Die Sowjetunion hatte mit Hitler eine Aufteilung von Gebieten und Einflusssphären in Osteuropa vereinbart. Nach diesem Ereignis schrieb Brandt, dass die Politik der UdSSR jetzt nur der Stärkung der reaktionären, antisozialistischen und antiproletarischen Kräfte in der Welt diene. Er sprach von der Degenerierung des Marxismus.²⁶ Willi Brandt stellte immer wieder die Sozialdemokratie dem Sowjetkommunismus gegenüber. Somit wurde sein Sowjetunionbild stark vom Antikommunismus als Ablehnung des existierenden sowjetischen Staats- und Gesellschaftsmodells beeinflusst. Brandt selbst schrieb:

Sozialismus ist mehr als die Übernahme der Produktionsmittel durch den Staat. [...] Aber das setzt voraus, daß immer breitere Schichten des Volkes Mitbestimmungsrechte über das Produktionsleben erhalten und ebenso über die Aneignung der produzierten Werte. Sozialismus läuft auf wirtschaftliche Demokratie hinaus. Sozialismus ist ohne Freiheit und Demokratie nicht möglich. In der Sowjet-Union hat man jedoch gesehen, daß die Diktatur in all den späteren Jahren verschärft worden ist. Einschränkungen der demokratischen Rechte, die zunächst als etwas Vorläufiges gedacht waren, wurden aufrechterhalten, erweitert und erstarren zu einer bürokratischen Diktatur.²⁷

All diese Anschauungen Brandts führten allerdings nicht zu affektiven emotionalen Vorurteilen wie bei Adenauer, zum Beispiel „Asien steht an der Elbe“ und ähnliches. Das politische Denken Brandts war kosmopolitisch und offener – das sowjetische Modell rief heftige Kritik hervor, wurde aber dennoch als Realität des Zeitalters akzeptiert, als ein möglicher Weg der zeitgenössischen Entwicklung.

Ein sehr wichtiger Punkt im Konzept von Brandts Ostpolitik war die in unterschiedlichen Abschnitten seiner politischen Karriere vorhandene Überzeugung, dass sich die Sowjetunion und die anderen Staaten des Ostblocks verändern und im Inneren in Richtung Demokratie entwickeln konnten und mussten. Brandt bezeichnete dies als Transformation. Und er hatte recht. Und noch anderer wichtiger Punkt, in dem er sich von Adenauer unterschied – nach Brandts Überzeugung hatte die Sowjetunion im Kräfteverhältnis der Nachkriegszeit ihren festen Platz; er hatte die Interessen der Sowjetunion im Blick, genauer, er hielt eine künftige Weltordnung ohne Berücksichtigung der Interessen der UdSSR nicht für möglich.²⁸ Vereinfacht kann man sagen, Adenauer dachte, die Sowjetunion werde abtreten, der Westen müsse lediglich stark sein und abwarten. Brandt dagegen war der Ansicht, dass die Positionen und Interessen der Sowjetunion eine objektive Realität seien, dass man mit der Sowjetunion arbeiten, zusammenarbeiten müsse – und zwar hier und jetzt – um positive Veränderungen für den Westen zu erreichen.

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs kehrte Brandt auf die deutsche innenpolitische Bühne zurück. Nach und nach ging der Politiker Brandt zusammen mit seiner Partei, der SPD, von der marxistischen auf die bürgerliche Plattform über. Es kam zu einer weiteren

²⁶ Brandt, Draußen, S. 101–103.

²⁷ Ebd., S. 104 f.

²⁸ Willy Brandt: Die Friedensziele der demokratischen Sozialisten. In: Helga Grebing, Heinrich A. Winkler, Gregor Schöllgen (Hrsg.): Berliner Ausgabe. Willy Brandt. Bd. 2: Zwei Vaterländer. Deutsch-Norweger im schwedischen Exil – Rückkehr nach Deutschland, 1940–1947. Bonn 2000, S. 96 f.

Transformation seiner Ansichten in Bezug auf die Sowjetunion. Schon die Blockade Berlins hatte gezeigt, wer Freund und Verbündeter (die Länder des Westens) und wer Bedrohung und Gegner (die Sowjetunion) war. Brandt wurde zum Anhänger der Westintegration der BRD, zum Gegner des totalitären und terroristischen (wie er meinte) Stalin'schen Kommunismus, aber nicht zum Befürworter einer Abgrenzung vom Osten. Brandt verlor die gesamteuropäische Perspektive nie aus den Augen. Schon seit Ende der 1940er-Jahre entwickelte er die Idee, dass die westlichen Demokratien im ideologischen Konflikt mit dem Kommunismus nicht nur defensiv auftreten sollten, sondern auch offensiv – mit friedlichen Mitteln.²⁹ Brandt hoffte auf die Entstehung antisowjetischer freier Kräfte in der UdSSR, wozu das Beispiel und die Aktivitäten des Westens beitragen sollten. Gegenüber dem Marionettenregime der DDR empfand Brandt zunächst Verachtung und unterstützte den Anspruch der BRD auf die alleinige Vertretung der Deutschen. In einem seiner Schreiben benutzte er die Formulierung „der Iwan und sein Ulbricht“.³⁰

1955–1956 kam es in der Welt zu einer ersten Verbesserung in den Ost-West-Beziehungen, die durch eine ganze Reihe von Ereignissen gekennzeichnet war, darunter die Vier-Mächte-Konferenz in Genf und die Vereinbarung zum Status Österreichs. Zum ersten Mal wurde begonnen, über Entspannung zu sprechen. Adenauer glaubte bekanntlich nicht besonders an solche Tendenzen. Ganz anders Brandt. Als Chruščev auf dem 20. Parteitag der KPdSU neben der Entstalinisierung die Lösung von der „friedlichen Koexistenz“ ausrief, fand Brandt, dass der Westen den Vorschlag eines friedlichen wirtschaftlichen und politischen Wettbewerbs mit der UdSSR annehmen sollte; damals sah er in diesen Prozessen die ersten Anzeichen einer demokratischen Transformation des sowjetischen Sozialismus.³¹

Unter „friedlicher Koexistenz“ verstand Brandt ein aktives, offensives Konzept des Westens, das auch die Veränderung des derzeitigen Status quo zugunsten des Westens implizierte, allerdings nur mit friedlichen Mitteln, im Rahmen eines Dialogs und im Zusammenwirken mit dem Osten. Brandt hatte keinen Zweifel daran, dass der Westen aus dem Kalten Krieg letztendlich als Sieger hervorgehen würde. Seine Überzeugung fußte auf derselben Magnettheorie (der Anziehungskraft des demokratischen Westens auf die Bevölkerung des totalitären Ostens) wie auch bei Adenauer. Allerdings waren die Wege zur Umsetzung vollkommen unterschiedlich. Adenauer strebte die Isolierung der Sowjetunion an, während Brandt für eine Intensivierung der Kontakte eintrat.

Die Unterdrückung der Aufstände in der DDR 1953 und in Ungarn 1956 festigte Brandt in seiner Überzeugung, dass es zum Konzept der friedlichen Koexistenz der Systeme keine Alternative gab. Bezuglich des Arbeiteraufstandes in der DDR sagte Brandt später: „Wenn ich an den 17. Juni 1953 denke, überkommt mich ein Gefühl der Scham.“³² Die Bewegung wurde brutal unterdrückt, es gab Tote, und der Westen konnte nichts ma-

²⁹ Wolfgang Schmidt: Willy Brandts Ost- und Deutschlandpolitik. In: Bernd Rother (Hrsg.): Willy Brandts Außenpolitik. Wiesbaden 2014, S. 163–168.

³⁰ Archiv der sozialen Demokratie (künftig: AdsD), Willy-Brandt-Archiv, A 6, 0034.

³¹ Wolfgang Schmidt: Die Wurzeln der Entspannung. In: Vierteljahrsshefte für Zeitgeschichte 51 (2003), S. 549–552.

³² AdsD, Willy-Brandt-Archiv, A 3, 84.

chen. Daher wollte Brandt den Menschen im Osten keine leeren Versprechungen mehr machen und Hilfe zusagen, die nicht geleistet werden konnte.

Somit war Brandt schon in den Anfangstagen seiner politischen Karriere in der BRD, als Abgeordneter und Bürgermeister, der Meinung, dass die Beziehungen zum Osten normalisiert und intensiviert werden müssten. Er war mit der bestehenden Situation nicht zufrieden. 1958 sagte er:

Die deutsche Außenpolitik steht seit 1949 auf einem Bein. [...] Aber da lauert nun die andere Aufgabe, nicht im Gegensatz dazu und nicht im Sinne einer Schaukelpolitik, [...], sondern gestützt auf die Freundschaft mit dem Westen und jeden Schritt abgesprochen mit unseren westlichen Freunden, doch auch das andere Bein – und das heißt Ostpolitik – herunterzusetzen.³³

Das wichtigste Datum für den Beginn der neuen Ostpolitik war der 13. August 1961 – der Bau der Berliner Mauer. Noch vor deren Errichtung sah Brandt die Voraussetzungen für die Überwindung der Spaltung Deutschlands anders als der Bundeskanzler. Adenauer nannte die Lösung der deutschen Frage als eine der Bedingungen für eine wirkliche Entspannung, seine Formel lautete: „Entspannung durch Wiedervereinigung“. Brandt jedoch drehte die Reihenfolge um: „Wiedervereinigung durch Entspannung“. Er erklärte, dass die Mauer im Zuge globaler Prozesse überwunden werden könne. Der Bau der Mauer zog einen Schlussstrich unter die bisherige Politik und ermöglichte die endgültige Herausbildung und Konzeptualisierung von Brandts Überzeugungen. Später sagte er selbst: „Was man meine Ostpolitik genannt hat, wurde vor diesem Hintergrund geformt.“³⁴ Mit dem Bau der Mauer wurden die Hoffnungen, aber auch die unterschiedlichen Pläne und Konzepte einer baldigen Wiedervereinigung Makulatur. Die Erwartung, dass das DDR-Regime in absehbarer Zeit fallen würde, worauf Adenauer mit seiner „Politik der Stärke“ gebaut hatte, blieb ebenfalls unerfüllt. Wie Brandt es bildhaft ausdrückte, ging der Vorhang hoch – und die Bühne war leer.³⁵ Der Bau der Berliner Mauer symbolisierte das Scheitern der Ost- und Deutschlandpolitik Adenauers, kostete ihn Stimmen bei den Wahlen und beschleunigte das Ende seiner Regierungszeit. Die neue Ostpolitik musste insgesamt auf die friedliche Koexistenz beider deutscher Staaten und beider rivalisierender Systeme ausgerichtet sein.

Auf der innenpolitischen Bühne der beginnenden 1960er-Jahre legte Brandt seine Ansichten in einer Rede in der Evangelischen Akademie Tutzing (1963) dar. Er erklärte, dass es, um die Frage der Wiedervereinigung zu lösen, einer Verminderung der Spannungen zwischen Ost und West bedürfe, dass eine wirkliche Entspannung unbedingt erforderlich sei und dass die BRD ihren Beitrag dazu leisten müsse. Er griff auf die in Harvard geäußerten Ideen zurück und stützte sich auf die „Friedensstrategie“ Kennedys. Ein separater Vortrag, der großes Aufsehen erregte, wurde in Tutzing von Egon Bahr gehalten. Er bezeichnete die Wiedervereinigung als einen Prozess mit vielen Schritten und Stationen. Die Voraussetzungen dafür könnten nur zusammen mit der Sowjetunion geschaffen wer-

³³ AdsD, Willy-Brandt-Archiv, A 3, 84.

³⁴ Willy Brandt: Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960–1975. Hamburg 1976, S. 17.

³⁵ Ebd.

den. Die DDR solle mit Zustimmung der UdSSR transformiert werden und die BRD solle die Entwicklung des innerdeutschen Handels sowie die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung in materieller und menschlicher Hinsicht in Ostdeutschland unterstützen. Diese Politik charakterisierte Bahr mit dem berühmten Satz: „Wandel durch Annäherung“.³⁶

Diese kurze Formel stieß seinerzeit bei der Gegenseite auf breite Kritik; später wurde sie berühmt als Postulat, Devise und Strategie der neuen Ostpolitik. Die Politik der „kleinen Schritte“ wurde zur Taktik erklärt: Die Verbesserungen sollten allmählich, stufenweise, Schritt für Schritt erreicht werden. Als Bürgermeister schritt Brandt gleich zur Tat und traf mit den Behörden der DDR erste Vereinbarungen über Passierscheine, die den Durchlass zwischen dem Ost- und Westteil der durch die Mauer geteilten Stadt Berlin regelten. Archivquellen belegen, wie konsequent Brandt und Bahr, der andere Architekt der neuen Ostpolitik, seit Anfang der 1960er-Jahre den strategischen Kurs des „Wandels durch Annäherung“ mittels der Taktik der „kleinen Schritte“ umzusetzen begannen: Der Bürgermeister und sein Vertrauensmann diskutierten in diesen für die bilateralen Beziehungen schwierigen Zeiten nicht über den strittigen Status Westberlins, sondern über konkrete Schritte in den Bereichen Kultur und Sport, die Spannungen verringern und zu mindest irgendeinen fruchtbaren Dialog hervorbringen konnten.³⁷ Dabei beschränkten sich Brandts Kontakte nicht auf die offiziellen sowjetischen Funktionäre (den Botschafter der UdSSR in der DDR, Petr Abrasimov, und andere): In den 1960er-Jahren lernte er z. B. Mstislav Rostropovič kennen und blieb weiterhin mit ihm im Kontakt, was davon zeugt, dass sein Sowjetunionbild vielfältig und unter anderem von positiven kulturellen Aspekten geprägt war.³⁸

Wie bereits erwähnt, interessierte sich Brandt stets lebhaft für die sich in der UdSSR vollziehenden Prozesse, aber auch für die Meinungen von Menschen, die das Land der Sowjets besucht hatten. In einem Schreiben dankte der Bürgermeister von Westberlin einem Autor für die Zusendung seines Reiseberichts „Russland heute“, der bei ihm auf großes Interesse gestoßen sei. Der Verfasser beschrieb darin seine Eindrücke von einem Besuch der UdSSR. Nach seiner Aussage pulsiere in Moskau nachts das Leben, es seien viele Frauen auf den Straßen. Der Autor war überzeugt von der Notwendigkeit eines geistigen und materiellen Zusammenwirkens (Austauschs) mit Russland. Die Kirchen seien offen, die Einwohner des Landes stolz auf ihre Geschichte, wobei der russische Ursprung stärker hervortrete als der sowjetische. Leningrad sei ein herausragendes Zeugnis der europäischen Kultur. Wer durch die Eremitage gehe, dem werde bewusst, dass Europa nicht an der Oder-Neiße-Linie ende. Der Autor kommt zum Schluss, dass noch viel Zeit notwendig sei, damit Russland und Europa einander näherkommen würden; die Deutschen bräuchten viel Geduld.³⁹ Im Unterschied zum Buch Friedes handelte es sich hier um die Meinung eines Augenzeugen. Somit unterschieden sich Brandts Informationsquellen über die UdSSR qualitativ von denjenigen, die Adenauer verwendete.

³⁶ Schmidt, Willy Brandts Ost- und Deutschlandpolitik, S. 180 f.

³⁷ AdsD, Willy-Brandt-Archiv, A 6, 17.

³⁸ Ebd., A 8, 16.

³⁹ H. Zellermayer: Russland heute. Versuch eines Bildes vom Leben in der UdSSR. Berlin 1965.

Von 1966 bis 1969 war Brandt Außenminister und Vizekanzler in der Großen Koalition von CDU und SPD und konnte auf der zwischenstaatlichen Ebene den praktischen Versuch unternehmen, seine Anschauungen zu realisieren. Als Außenminister versuchte er, die „Politik der kleinen Schritte“ gegenüber den Ländern des Ostblocks umzusetzen. Hatte die Große Koalition innenpolitisch eine Reihe von Erfolgen zu verzeichnen, so konnte sie in der Ostpolitik aufgrund der unterschiedlichen Vorstellungen der Beteiligten kaum vorankommen. Dennoch gelang es Brandt, eine Reihe von Zwischenergebnissen zu erreichen: die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rumänien und Jugoslawien, Abschluss eines Vertrags über den Austausch von Handelsmissionen mit der Tschechoslowakei, rege Konsultationen zum Abschluss eines Vertrags über Gewaltverzicht und zu anderen Fragen mit der Sowjetunion. Es wurden Verhandlungen mit Polen aufgenommen. Die Niederschlagung des Prager Aufstands 1968 stoppte die Annäherung. Insgesamt geriet die Außenpolitik der Großen Koalition allmählich in eine Sackgasse, in eine Phase der Stagnation.⁴⁰ Die östliche Seite, vertreten durch die UdSSR und die anderen Ostblockländer, verlangte die Anerkennung der Nachkriegsgrenzen, der DDR und des Status Westberlins, sowie einen Atomwaffenverzicht. Die SPD und Brandt waren zu Verhandlungen bereit, die Koalitionspartner – die CDU und Kurt Georg Kiesinger – jedoch nicht.

Vor dem Hintergrund der großen Politik verlor Brandt nie die Perspektiven des einzelnen, „kleinen“ Mannes aus den Augen und versuchte nach Kräften, neben den zwischenstaatlichen, auch die Entwicklung der zwischenmenschlichen Beziehungen zu fördern. 1967 wandte sich Brandt persönlich in einem Schreiben an seinen alten Bekannten Abraimov mit der Bitte, sich in Moskau für die Ausreise einer Sowjetbürgerin einzusetzen, um die Zusammenführung mit ihrem Mann, Professor an einer bundesdeutschen Universität, zu ermöglichen.⁴¹

1969 änderte sich die Situation grundlegend: Die SPD gelangte zum ersten Mal nach dem Krieg an die Macht, Willy Brandt wurde Bundeskanzler und machte sich daran, sein Konzept der Ostpolitik zu realisieren.

Die juristische Grundlage für diese neue Etappe in den gegenseitigen Beziehungen wurde durch den Moskauer Vertrag von 1970 gelegt, dessen Unterzeichnung langwierige Verhandlungen zweier Vertrauensleute vorangegangen waren: Egon Bahr und Andrej Gromyko. Als Höhepunkt der Entspannung der bilateralen Beziehungen und zugleich als Symbol der Gestaltung persönlicher Diplomatie kann das dreitägige Treffen von Brandt und Leonid Brežnev in Oreanda (Krim) 1971 bezeichnet werden. Legendär wurde diese Begegnung wegen ihres informellen Charakters. Wie sich Egon Bahr erinnerte: „Der Abbau von Vorurteilen und Feindbildern, gegenseitig, war mit Händen zu greifen.“⁴² 1973 folgte der Besuch Brežnevs in Bonn. Neben den Staats- und Regierungschefs waren an den bilateralen Verhandlungen eine große Anzahl von Vertretern der Fachministerien und der Wirtschaft beteiligt; die deutschen Quellen lassen ein großes Interesse der sowjetischen Seite an der Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit erkennen. So war z. B. das

⁴⁰ Manfred Görtemaker: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt a. M. 2004, S. 461–467.

⁴¹ AdsD, Willy-Brandt-Archiv, A 7, 1.

⁴² Egon Bahr: Zu meiner Zeit. München 1996, S. 414.

Ergebnis der Verhandlungen Bahrs mit dem Minister für chemische Industrie der UdSSR eine Vereinbarung über die Lieferung von sowjetischen Produkten in die Bundesrepublik Deutschland sowie über die Förderung direkter Kontakte zwischen den Unternehmen.⁴³ Brandt seinerseits traf sich mehrfach persönlich mit den Vertretern der deutschen Wirtschaft, um die Perspektiven der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Sowjetunion zu erörtern.⁴⁴

Das politische Erbe der Bundeskanzler Adenauer und Brandt ist äußerst umfangreich und vielschichtig. Adenauer ist der „Gründungsvater“ des deutschen Staates; seine wichtigsten Leistungen liegen im Bereich der West- und Integrationspolitik, die die Grundrichtung für die anschließende erfolgreiche Entwicklung der BRD vorgab. Der Antikommunismus spielte dabei seine anwendungsspezifische Rolle. Die strategische Annäherung an den Osten, der beginnende Umdenkprozess in Bezug auf negative Stereotype und eindeutige Feindbilder – all dies gehört zweifellos zu den Verdiensten der „neuen Ostpolitik“ Brandts, der die Außenpolitik seines Landes „auf beide Beine“ stellte und einen unschätzbaren Beitrag für die Entwicklung der heutigen deutsch-russischen Beziehungen leistete.

⁴³ AdsD, Egon-Bahr-Archiv, 1/EBAA001044, 433.

⁴⁴ AdsD, Willy-Brandt-Archiv, A 9, 27.